

künstlichen Charakter der Inflation hervor, doch ziehe sie daraus nicht die notwendigen Folgerungen. Von einem allgemeinen Opfergeist sei in dem Entwurf nicht die Rede, man könne darin nur die Höhe der geforderten Opfer feststellen.

Wenn man sich mit gewissen Einschränkungen geliebter Grundzüge abfinden und für eine gewisse Zeit den Gärten einer Kriegswirtschaft beugen müsse, so würde das französische Volk hierzu den Mut aufbringen; doch werde es diesen Mut nur im Interesse des allgemeinen Wohles, nicht aber zugunsten gewisser ideologischer Zwecke aufbringen.

Garbeys Ausführungen wurden vom Senat mit stürmischem Beifall aufgenommen. Darauf versuchte ein sozialdemokratischer Senator die gegen den Finanzplan Blums vorgebrachten Kritiken zu entkräften; doch schenkte ihm der Senat wenig Gehör.

Blum provoziert im letzten Augenblick

Anschließend nahm Ministerpräsident Blum das Wort. Er stellte die Frage an den Senat, was er nach dem Sturz der Regierung tun werde, da sich die gegebenen Tatsachen durch eine Regierungsumbildung nicht wandeln würden. Der Senat habe wohl das Recht, eine Aenderung der Mehrheit zu wünschen, nicht aber eine Aenderung der Mehrheit zu beschließen. (Diese Bemerkung Blums verurteilte allgemeine Entrüstung.)

Caillaux spricht

Senatspräsident Jeanneney erklärte, der Senat habe wohl das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Er werde dies gleich tun. „Sie, Herr Blum, können die Konsequenzen daraus ziehen!“ Darauf nahm der Vorsitzende des Finanzausschusses Caillaux das Wort. Im temperamentvollen Form antwortete er auf die Ausführungen Blums, die er genau so wie den Finanzplan selbst auf das nachdrücklichste zurückwies.

Ende April in Wien

Spatenstich für die ersten Soldatensiedlungen

Reichskriegsopferführer Oberlindober spricht zu den Invaliden — Die „ersten Bürger des Staates“ stimmen für den Führer

„Die ersten Bürger des Staates“, wie der Führer die Kriegsopfer genannt hat, veranstalteten gestern im Konzerthaus ihre große Wahlkundgebung, in deren Mittelpunkt die Ansprache des Reichskriegsopferführers Pj. Hanns Oberlindober stand. Der Reichskriegsopferführer führte in seiner fühnlich bejubelten Rede unter anderem aus:

Die Tage, die wir nun erleben dürfen, waren die schönste Belohnung für die Opfer, die wir im Weltkrieg erbracht. Denn es gab eine Zeit, wo wir Kriegsopfer nur unheimlich für den Staatshaushalt waren und höchstens bemitleidet wurden, wo wir um die Projekte unserer Invalidität vor Richtern streiten mußten, die selbst nie im Krieg gewesen waren. Eine Nation aber, die für ihre Kriegsopfer nicht sorgt, ist verurteilt, unterzugehen. Doch das deutsche Volk ist nicht untergegangen. Es war stark genug, jene Machthaber, die die soziale Lüge befehligen, hinwegzuwerfen und einen Wolf Hitler herbeizubringen.

Hilfe für Kriegervitwen und darbenende Helden

Jetzt merket auch Ihr in Deutschösterreich der Segnungen der Befreiung durch den Führer zuteil. Der größte Teil der

Mit 223 gegen 49 Stimmen lehnte der Senat Johann den Übergang zur aristokratischen Regierung der Vorklage ab. Damit war die gesamte Finanzvorlage Leon Blums abgelehnt.

Stürmischer Zwischenfall

Während der Verlesung des Abstimmungsergebnisses kam es noch zu einem Zwischenfall. Von der Kammerabgeordneten porbehaltenen Tribüne erscholl eine abfällige Bemerkung gegen Caillaux, worauf die Senatoren von ihren Sitzen aufsprangen und stürmisch die Entfernung des Schuldigen verlangten. Unbekannt ist, ob es sich bei dem Aufruhr um einen Abgeordneten oder um eine Privatperson handelte.

Daladier übernimmt Kabinettsbildung?

Paris, 8. April. (DNB.)

Die Pariser Abendblätter sind einstimmig der Ansicht, daß Kriegsminister Daladier wahrscheinlich noch am heutigen Abend mit der Bildung der Nachfolgeregierung beauftragt wird. Die Blätter glauben, daß Daladier schon seit einigen Tagen eine fertige Ministerliste in der Tasche habe.

Der ehemalige Kriegsminister Fabry gibt der Regierung Blum in einem Leitartikel im „Antanfrageant“ ein recht herbes Abschiedsgeleit. Er schreibt, das Kabinett Blum habe kaum einen Monat gelebt und dabei doch die Zeit gefunden, um die ihm vor geschossenen fünf Milliarden Francs zu verausgaben.

Spenden, die das Reich in den letzten Tagen zur Vinderung der Not in diesem Lande zur Verfügung stellte, wurde den Kriegervitwen und den darbenenden Helden des Weltkrieges zugewendet.

Und schon zu Ende dieses Monats wird hier in Wien der Spatenstich für die ersten Soldatensiedlungen gemacht werden. Es wird auch sehr nachhaltig dafür gesorgt werden, daß die Kriegsopfer auch in Betriebe eingestellt werden. Niemand darf sagen, daß jemand nicht zur Arbeit vollwertig ist, der vollwertig war, durch vierzehnjährige Jahre mit der Waffe seine Heimat zu verteidigen. Die Betriebe werden sich auch hier wie im Reich daran gewöhnen müssen, Hilfsmaßnahmen anzuschaffen, die es auch ermöglichen, ihre Zuverlässigkeit und ihre Treue auch in der Arbeit unter Beweis zu stellen.

Aber auch von Euch wird etwas verlangt: Daß Ihr Euer solbathisches Gedulden für alle Zeiten bewahrt und durch Euer „Ja“ am kommenden Sonntag Euren Anteil an dem gewaltigen Geschehen dieser Tage fahrt, in denen aus dem Blut von drei Millionen Helden des Weltkrieges ein einziges Volk entstanden ist und die die Geschichte einst mit dem Namen überschreiben wird: „Das Zeitalter Wolf Hitlers“.

pagandisten für Adolf Hitler und seine Idee zu werden.

Die an vielen Stellen mit echt rheinländischem Humor gewürzte Ansprache des Reichsbeamtenführers, der zu den besten Rednern Deutschlands zählt, wurde laufende Male von den Beifallsstürmen der 70.000 versammelten Beamten unterbrochen.

Es war ein erhebendes Bild, als sich die Wiener Beamtenchaft, die noch vor wenigen Wochen, gedrückt von einem diktatorischen System, unter fürchterlichem Zwang an „vaterländischen“ Kundgebungen teilnehmen mußte, mit erhabenen Armen und dem Singen der Hymnen geschlossen zum Führer des großdeutschen Reiches bekannte.

Reichsminister Kerl in Wödling

„Wir alle folgen Dir, geliebter Führer!“

Auf einer der letzten Massenkundgebungen zum 10. April sprach am Vorabend des Tages des großdeutschen Volkes Reichsminister Kerl in Wödling. Schon einmal hatte der Minister hier gewinkt, im April 1933, und schon damals hatten die Wödlinger ihm und dem Reichsminister Frank mit kilometerlangem Spalier einen um so herzlicheren Empfang bereitet, als der damalige Wiener Polizeipräsident die Stirn gebot hatte, die beiden Vertreter der Reichsregierung auf dem Flugfeld Alpen als „unrichtige Gäste“ zu „benutzen“.

Reichsminister Kerl erklärte in einer immer wieder bejubelten Rede: Die Weltstellung stellt nur eine Frage: Tatest Du Deine Pflicht? Und nur dann, wenn Du das mit jauchzender Freude bejahen kannst, wirst Du jenes Glück teilhaftig werden, das auch in tieferster Not jene unbekannten A.-Männer empfanden, die gläubig und pflichttreu für das großdeutsche Reich litten und starben. Folget also dem Beispiel, das die alten Parteigenossen in Österreich in so bewundernswürdiger Zahl gegeben haben! Seht Euer Glück in der Erfüllung einer Pflicht, die Ihr auch kommenden Generationen gegenüber habt! Aller Welt soll dieser historische Gang unseres Volkes am 10. April zeigen: fünfzig Millionen Deutsche gehen durch Leben und Tod mit ihrem Führer! Kerl schloß seinen ergreifenden Appell mit dem von der Versammlung in tiefer Bewegung mitempfundene Gelübde, das wie ein heiliger Schwur aufgenommen wurde: Wir alle folgen Dir, geliebter Führer!

Judengefetz im ungarischen Parlament eingebracht

Annahme nach den Osterferien

Budapest, 8. April. (DNB.)

Ministerpräsident Daranyi brachte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses das Ermächtigungsgesetz zur Regelung der Judenfrage ein, das den Titel trägt: „Ueber eine wirkungsvolle Sicherstellung des Gleichgewichts im sozialen und wirtschaftlichen Leben“. Das Gesetz, das auf den Numerus clausus von 20 Prozent für den Anteil des Judentums am gesamten öffentlichen Leben aufgebaut ist, geht namentlich den parlamentarischen Ausschüssen zu und wird nach den Osterferien vom Parlament angenommen werden. Als Ministerpräsident Daranyi dem Abgeordnetenhauses das neue Judengefetz bekanntgab, veranstaltete die Regierungspartei eine stürmische Vertrauenskundgebung für die Regierung. Die linksoppositionellen Parteien und die Sozialdemokraten suchten durch Anwesenheit zu stören.

Zuletzt legte Ministerpräsident Daranyi dem Parlament das zweite Judengefetz vor, das den Titel trägt: „Die zum Schutze der staatlichen Ordnung notwendigen Pressenormen“. Es begreift die Reinigung des Pressewesens von dem heute überwiegenden jüdischen Einfluß. Nach diesem Entwurf wird für ganz Ungarn eine einheitliche Pressenkammer geschaffen. Die Ausübung des journalistischen Berufs, sei es als Herausgeber, Schriftleiter oder Mitarbeiter, wird an die Mitgliedschaft in der Pressenkammer gebunden. Auch die Untündigung der Maßnahmen zur Entjudung der Presse wurde von der Regierungspartei und den rechtsstehenden Abgeordneten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Das Abgeordnetenhauses vertagte sich dann bis zum 26. d. M.

Der Siegesmarsch der Franco-Struppen

Vor den Elektrizitätswerken der Hispanier

Saragossa, 8. April. (DNB.)

Nach der Besetzung der Elektrizitätswerke von Tremp setzten die nationalen Truppen unter dem Befehl des Generals Solchaga ihren Vormarsch in nördlicher Richtung zwischen den Flüssen Pamplona und Noguera Ribagorzana fort und setzten jetzt noch 20 Kilometer südlich des Elektrizitätswerkes von Capella. Diese Werte bedeuten gemeinsam mit den Werken von Tremp 90 Prozent des katalanischen Strombedarfs.

Appell Konrad Henleins an die Sudetendeutschen

Warnung vor bolschewistischen Unruheherden.

Prag, 8. April. (DNB.)

Konrad Henlein veröffentlicht in der sudetendeutschen Presse nachfolgenden Aufruf: „Sonntag den 10. April ist im benachbarten Großdeutschland das Volk aufgerufen, die Friedensstadt des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zu befestigen. Das Deutschland in aller Welt nimmt an diesem Ereignis begeisterten Anteil. Das Sudetendeutschtum hat seine Freude über dieses geschichtliche Ereignis in den Massenkundgebungen vor dem Verfallungsverbot zum Ausdruck gebracht. Wir können mit Stolz darauf hinweisen und gerade auch die Anerkennung vom Deutschland bezeugen.“

Die letzte Wahlkundgebung vor dem großdeutschen Tag

70.000 Propagandisten des Führers

Der Reichsbeamtenführer sprach auf dem Adolf-Hitler-Platz

Auf dem sahnengeblähten Adolf-Hitler-Platz vor dem Wiener Rathaus empfingen gestern 70.000 Beamte öffentlichen Betriebes Wiens vom Reichsbeamtenführer Pj. Rees die Parole für ihr kommendes Wirken: die aktiven Propagandisten des Führers zu sein.

Die Innere Stadt stand am gestrigen Nachmittage im Zeichen der Wiener Beamtenchaft. Die gesamten Belegschaften der Ministerien, der staatlichen Ämter und sämtlicher Betriebe der Gemeinde Wien hatten sich an verschiedenen Treffpunkten versammelt und zogen, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt, zum Adolf-Hitler-Platz. Um 17 Uhr war der große Raum zwischen dem Rathaus und dem Burgtheater eine einzige Menschenmasse, die gekommen war, um an der letzten Wahlkundgebung vor dem heutigen „Tag des großdeutschen Reiches“ teilzunehmen. Der Reichsbeamtenführer Pj. Rees sollte nach seinem beispiellosen Triumphzug durch Deutschösterreich, auf dem er in Ampheten und Krems große Wahlsiege feierte, den Beamten als Stützen des Staates die Richtlinien für ihre Tätigkeit im großdeutschen Reich geben.

Die Kundgebung wurde durch eine kurze Begrüßungsansprache des Bundesleiters der deutschösterreichischen NS-Beamtenchaft Pj. Fuch eingeleitet, der darauf hinwies, daß die nationalsozialistischen Beamten bei Bund und Gemeinde in den Jahren des Kampfes treu zur Idee des Führers stünden und beim Verrat des Bundeskanzlers Schwünge nach der Zukunft in Bereitschaften wie ein Mann auf den Plan traten und gegen die Haltung des Bundeskanzlers Stellung nahmen.

Mittler zwischen Volk und Führer

Der Reichsbeamtenführer ergriff Johann, stürmisch begrüßt, das Wort und schilderte eingangs den großen Umbau, dem Deutschösterreich jetzt entgegengehen wird und an dem die Beamtenchaft als Mittler zwischen Volk und Führer aktiven Anteil haben werde. Deutschland sei kein Paradies, wohl aber eine Volksgemeinschaft. Es sei in Deutschland noch nie so viel gearbeitet worden wie in den letzten fünf Jahren unter Adolf Hitler. Unter begeisterten Rundgebungen der 70.000 versammelten Beamten streifte der Redner die Judenfrage, die in Deutschland vor fünf Jahren wie eben jetzt in Österreich ein Kernproblem

darstelle. Die Zeit, da man glaubte, daß die Juden tüchtiger wären als deutsche Menschen, sei vorüber.

Eine wahre Volksgemeinschaft

Einen breiten Raum widmete der Reichsbeamtenführer Johann den sozialen Grundfragen der deutschen Volksgemeinschaft. Der Herr Regierungsrat dürfte sich jetzt nicht schämen, bei einem Gemeinschaftsabend neben dem Angestellten zu sitzen, und er müsse sich mit dem Gefühl von so einem Abend heimgeben, daß er neben einem vollkommenen Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft diese Stunden verbracht habe. Dasselbe gelte auch für die Frauen. Deutschland sei ein Staat, in dem es jedem zur höheren Ehre gereichen müsse, mit dem ärmsten Arbeitlosen der Straße in Kontakt zu treten, statt mit einem noch so reichen Juden.

Alle Befürchtungen unbegründet

Es wäre falsch, fuhr der Reichsbeamtenführer fort, zu glauben, daß der Anschluß Österreichs an das Reich jetzt etwa persönliche Folgen für den Teil der öffentlichen Beamtenchaft nach sich ziehen sollte, der bisher nicht im nationalsozialistischen Lager stand.

Als Adolf Hitler vor fünf Jahren in Deutschland die Macht ergriff, wurden aus den Reihen der öffentlichen Beamten nicht mehr als 0,7 Prozent von ihren Posten entlassen. Es waren das Kommunisten, Personen, die sich an exponierten Stellen für alle Parteien betätigt hatten, und Juden. Mit 99,3 Prozent der Reichsbeamtenchaft habe Adolf Hitler den großen Aufbau Deutschlands durchgeführt. Es brauche kein Wiener Beamter fürchten, daß ihm Gehaltskürzungen bevorstünden. Wenn Lohnveränderungen stattfinden sollten, dann nur nach oben hin.

Pj. Rees erinnerte die Beamtenchaft an den dem Führer geleisteten Eid und erklärte, daß dieser Eid nicht nur für Amtszeit oder Aktivitätsdauer, sondern für das ganze Leben Geltung habe. Die Gefolgschaft des gesamten Volkes zu demonstrieren, sei der tiefere Sinn der sonntägigen Volksabstimmung. Die Beamtenchaft habe jedoch nicht nur die selbstverständliche Pflicht, ihr Ja abzugeben, sondern von jetzt an als aktive Pro-